

Ausgabe 8

2. März 2023

steuern + recht aktuell

Wichtige Änderungen in Recht und Gesetz

Inhalt

Neues aus der Gesetzgebung & Finanzverwaltung

BMF: Steuerliche Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer des Erdbebens in der Türkei und in Syrien

Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 2. März 2023

Weitere Veröffentlichungen vom Tage

Keine Erbschaftsteuer bei Erwerb durch ausländisches Vermächtnis

Veräußerungsgewinne bei Kryptowährungen steuerpflichtig

Business Meldungen

Einladung zur virtuellen PwC Tax & Legal Technology Fair 2023

Terminplaner

Aktuelles zur Umsatzsteuer 2023

Noch Fragen?

Neues aus Gesetzgebung & Finanzverwaltung

BMF: Steuerliche Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer des Erdbebens in der Türkei und in Syrien

Das Erdbeben in der türkisch-syrischen Grenzregion hat sehr großes menschliches Leid und massive Schäden an der Infrastruktur verursacht. Zur Unterstützung der Betroffenen in der Türkei und in Syrien hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) Verwaltungserleichterungen im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden der Länder in einem Schreiben zusammengefasst.

Die im BMF- Schreiben enthaltenen Unterstützungsmaßnahmen gelten vom 6. Februar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und werden nachfolgend überblicksartig dargestellt:

Nachweis steuerbegünstigter Zuwendungen (Abschnitt B, ab Rz. 2)

- Schaffung vereinfachter Nachweismöglichkeiten für bis zum 31.12.2023 geleistete Zuwendungen; für auf ein eingerichtetes Sonderkonto eines inländischen Zuwendungsempfängers geleistete Zuwendungen soll z.B. ein Kontoauszug, Lastschrifteinzugsbeleg oder der PC-Ausdruck bei Online-Banking grundsätzlich genügen

Maßnahmen steuerbegünstigter Körperschaften für durch das Erdbeben geschädigte Personen (Abschnitt C, ab Rz. 6)

- Regelungen für Spendenaktionen zur Unterstützung für durch das Erdbeben geschädigte Personen von steuerbegünstigten Körperschaften, die nach ihrer Satzung keine diesbezüglichen Zwecke, wie insbesondere mildtätige Zwecke, verfolgen (z.B. Sport-, Musik-, Kleingarten- oder Brauchtumsvereine)
- Regelungen für die Verwendung sonstiger vorhandener Mittel, die keiner anderweitigen Bindungswirkung unterliegen, zur Hilfe für die Geschädigten des Erdbebens sowie für die Überlassung von Personal und Räumlichkeiten

Steuerliche Behandlung von Zuwendungen aus dem Betriebsvermögen (Abschnitt D, ab Rz. 15)

- Zulassung von Zuwendungen als Sponsoring-Maßnahme (nach Maßgabe des BMF-Schreibens vom 18.2.1998 zur ertragsteuerlichen Behandlung des Sponsorings, BStBl. I 1998, 212) zum Betriebsausgabenabzug, wenn der Sponsor wirtschaftliche Vorteile, die in der Sicherung oder Erhöhung seines unternehmerischen Ansehens liegen können, für sein Unternehmen erstrebt

- Zulassung von Zuwendungen an Geschäftspartner zum Betriebsausgabenabzug, wenn diese in angemessenem Umfang zur Aufrechterhaltung der Geschäftsbeziehungen geleistet werden
- Zulassung von sonstigen Zuwendungen im Rahmen der unmittelbaren Gefahrenabwehr oder der allgemeinen Aufräumarbeiten durch Zuwendung von Wirtschaftsgütern oder sonstigen betrieblichen Mitteln (ausgenommen Geld) aus allgemeinen Billigkeitserwägungen zum Betriebsausgabenabzug

Lohnsteuer (Abschnitt E, ab Rz. 19)

- Regelungen zu lohnsteuerlichen Befreiungsmöglichkeiten mit Blick auf Beihilfen und Unterstützungen, die der Arbeitgeber an geschädigte Arbeitnehmer leistet
- Regelungen zu bei der Feststellung des steuerpflichtigen Arbeitslohns außer Ansatz bleibenden Arbeitslohnspenden

Aufsichtsratsvergütungen (Abschnitt F, Rz. 32)

- Entsprechende Anwendung der für die Lohnsteuer getroffenen Regelungen; § 10 Nr. 4 KStG bleibt unberührt

Umsatzsteuer (Abschnitt G, ab Rz. 33)

- Möglichkeit des Absehens von der Besteuerung einer unentgeltlichen Wertabgabe im Billigkeitswege (z.B. in Fällen der unentgeltlichen Bereitstellung von Gegenständen und Personal für humanitäre Zwecke)
- Möglichkeit des Vorsteuerabzugs nach § 15 UStG, auch wenn der Unternehmer bereits beim Leistungsbezug beabsichtigt, die Leistungen ausschließlich und unmittelbar zur Unterstützung der Opfer des Erdbebens zu verwenden (entgegen Abschnitt 15.15 Abs. 1 UStAE)

Schenkungsteuer (Abschnitt H, ab Rz. 35)

Hinweis auf die Möglichkeit einer Steuerbefreiung nach § 13 ErbStG bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen; die Zweckwidmung und Zwecksicherung i.S.v. § 13 Abs. 1 Nr. 17 ErbStG kann bei unmittelbarer Zuwendung an Geschädigte unterstellt werden

Fundstelle

BMF, Schreiben vom 27. Februar 2023, [**IV C 4 - S 2223/19/10003 :019.**](#)

Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 2. März 2023

Urteil VIII R 30/20: Steuerliche Behandlung von Veräußerungsgewinnen und -verlusten im Falle des sog. Bondstripping

30. November 2022

Nach der Rechtslage bis zur Einfügung des § 20 Abs. 2 Sätze 4 und 5, Abs. 4 Sätze 8 und 9 EStG durch das Investmentsteuerreformgesetz vom 19.07.2016 sind im Fall des sog. Bondstripping von im Privatvermögen gehaltenen Bundesanleihen deren Anschaffungskosten nicht auf den durch die Trennung entstandenen Anleihemantel und die Zinsscheine aufzuteilen. § 32d Abs. 2 Nr. 1 Satz 1 Buchst. b EStG in der bis zum JStG 2020 geltenden Fassung ist nicht dergestalt teleologisch zu reduzieren, dass die Norm keine Anwendung findet, wenn durch die Veräußerung einer Kapitalforderung i.S. des § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 EStG an eine Kapitalgesellschaft, an der der Steuerpflichtige zu mindestens 10 % beteiligt ist, ein Verlust entsteht.

[Zum Urteil](#), siehe auch das teilweise inhaltsgleiche Urteil [VIII R 15/19](#) vom selben Tag.

Urteil I R 11/20: Zur Besteuerung von Stock Options im Fall des Ansässigkeits- wechsels

21. Dezember 2022

Werden einem Arbeitnehmer im Rahmen seines Arbeitsverhältnisses Stock Options gewährt, fließen die daraus resultierenden geldwerten Vorteile erst zum Zeitpunkt der Ausübung der Option zu (Bestätigung d. Rechtspr., vgl. Senatsurteile v. 24.01.2001, I R 100/98, und I R 119/98). Die geldwerten Vorteile aus der Ausübung der Stock Options werden -ungeachtet der Besteuerung zum Zeitpunkt der Optionsausübung- zeitraumbezogen gewährt und sind deshalb anteilig dem Erdienenszeitraum zuzuordnen. Nach dem Veranlassungsprinzip geht es dabei grundsätzlich um den Zeitraum zwischen der Gewährung der Stock Options und deren erstmaliger Ausübbarkeit.

[Zum Urteil](#)

Urteil VIII R 21/19: Veräußerung eines Dividendenanspruchs zwischen beschränkt Steuerpflichtigen

15. November 2022

Die Sperrwirkung des § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a Satz 2 EStG für die Besteuerung der Dividenden nach § 20 Abs. 1 Nr. 1 EStG tritt nach der im Jahr 2013 geltenden Fassung auch dann ein, wenn der Gewinn aus der Veräußerung der Dividendenansprüche bei beschränkt Steuerpflichtigen gemäß § 49 EStG nicht steuerpflichtig ist. Die Veräußerung des Dividendenanspruchs ist kein Gestaltungsmissbrauch i.S. des § 42 AO, da diese in § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a EStG vom Gesetzgeber geregelt ist.

[Zum Urteil](#)



Weitere Veröffentlichungen vom Tage:

Beschluss XI R 28/20: Steuerentstehung und -berichtigung bei späterer Vereinnahmung des Entgelts

28. September 2022

Zum Urteil, siehe auch den teilweise inhaltsgleichen Beschluss [XI R 27/20](#) vom selben Tag.

Beschluss X R 19/21: Beitrittsaufforderung: BMF-Richtsätze als geeignete Schätzungsgrundlage

14. Dezember 2022

Zum Urteil

Rechtsprechung im Blog

Keine Erbschaftsteuer bei Erwerb durch ausländisches Vermächtnis

In Deutschland belegene Immobilien können steuerfrei vermacht werden, wenn der Erblasser dem Begünstigten die Immobilie durch ausländisches Vermächtnis zuwendet. Dies hat der Bundesfinanzhof (BFH) in einem aktuellen Urteil entschieden. Voraussetzung ist jedoch, dass weder der Erblasser noch der Begünstigte Deutsche sind und beide im Ausland leben.

Sachverhalt

Die im Jahr 2013 verstorbene Erblasserin hatte bis zu ihrem Tod in der Schweiz gewohnt. Sie vermachte ihrer in den USA lebenden Nichte, der Klägerin, eine Immobilie in München. Im Jahr 2014 wurde das Vermächtnis erfüllt und die Klägerin wurde als Eigentümerin des Grundstücks im Grundbuch eingetragen.

Das Finanzamt verlangte von ihr Erbschaftsteuer für diesen Immobilienerwerb. Die Klägerin war hingegen der Auffassung, sie schulde aufgrund ihres ausländischen Wohnsitzes und ihrer dadurch nur beschränkten Steuerpflicht in Deutschland keine Steuer.

Entscheidung des BFH

Der BFH bestätigte diese Auffassung. Wendet ein im Ausland lebender Erblasser einer ebenfalls im Ausland lebenden Person durch Vermächtnis inländischen Grundbesitz zu, muss der ausländische Begünstigte hierauf keine deutsche Erbschaftsteuer bezahlen.

Anders als deutsche Staatsangehörige und Personen mit Wohnsitz oder dauerhaftem Aufenthalt in Deutschland sind ausländische Erben oder Vermächtnisnehmer nur in beschränktem Umfang steuerpflichtig. Sie zahlen Erbschaftsteuer ausschließlich für den Eigentumserwerb an bestimmten gesetzlich definierten Vermögenswerten, darunter grundsätzlich inländische Immobilien.

Werden sie jedoch im Testament des Erblassers durch Vermächtnis mit solchen Immobilien bedacht, bleibt dies ausnahmsweise steuerfrei. Insoweit besteht eine Gesetzeslücke.



Grund dafür ist, dass beim Vermächtnis der Begünstigte nicht die Immobilie selbst, sondern nur einen Anspruch auf Übertragung des Eigentums an dieser Immobilie erwirbt. Die Eigentumsumschreibung muss dann noch separat im Anschluss erfolgen und bedarf der notariellen Beurkundung.

Anders verhält es sich, wenn ausländische Erben im Rahmen der gesetzlichen Erbfolge inländischen Grundbesitz erhalten. Denn dann geht das Eigentum an der inländischen Immobilie direkt mit dem Tod des ausländischen Erblassers auf den ebenfalls ausländischen Erben über. Darauf fällt deutsche Erbschaftsteuer an.

Nach der Bestätigung durch den BFH kann die Praxis den steuerfreien Erwerb inländischer Immobilien durch ausländische Vermächtniseinsetzung als legales Gestaltungsmodell nutzen. Seit 2015 und dem Inkrafttreten der EU-Erbrechtsverordnung ist bei Erbfällen im EU-Ausland allerdings Vorsicht geboten: In bestimmten EU-Ländern, z.B. Polen, entfaltet ein Vermächtnis direkte Wirkung. Das bedeutet, dass auch die durch Vermächtnis begünstigte Person direkt das Eigentum an dem inländischen Grundvermögen erbt. Ein steuerfreier Erwerb inländischer Immobilien ist dann nicht möglich.

Fundstelle

BFH, Urteil vom 23. November 2022 ([II R 37/19](#)), veröffentlicht am 28. Februar 2023, vgl. die [Pressemitteilung 014/23](#).

Veräußerungsgewinne bei Kryptowährungen steuerpflichtig

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat in einem aktuellen Urteil entschieden, dass Veräußerungsgewinne, die ein Steuerpflichtiger innerhalb eines Jahres aus dem Verkauf oder dem Tausch von Kryptowährungen wie Bitcoin, Ethereum und Monero erzielt, der Besteuerung als privates Veräußerungsgeschäft unterfallen.

Sachverhalt

Im Streitfall hatte der Kläger verschiedene Kryptowährungen erworben, getauscht und wieder veräußert. Im Einzelnen handelte es sich um Geschäfte mit Bitcoins, Ethereum und Monero, die der Steuerpflichtige privat tätigte. Im Streitjahr 2017 erzielte er daraus einen Gewinn in Höhe von insgesamt 3,4 Millionen Euro.

Mit dem Finanzamt kam es zum Streit darüber, ob der Gewinn aus der Veräußerung und dem Tausch von Kryptowährungen der Einkommensteuer unterliegt. Die vom Steuerpflichtigen beim Finanzgericht erhobene Klage war ganz überwiegend erfolglos (siehe unseren [Blogbeitrag](#)).

Entscheidung des BFH

Der BFH hat die Steuerpflicht der Veräußerungsgewinne aus Bitcoin, Ethereum und Monero bejaht. Bei Kryptowährungen handelt es sich um Wirtschaftsgüter, die bei einer Anschaffung und Veräußerung innerhalb eines Jahres der Besteuerung als privates Veräußerungsgeschäft nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes (EStG) unterfallen.

Virtuelle Währungen (Currency Token, Payment Token) stellen nach Auffassung des BFH ein "anderes Wirtschaftsgut" i.S. von § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG dar. Der Begriff des Wirtschaftsguts ist weit zu fassen. Er umfasst neben Sachen und Rechten auch tatsächliche Zustände sowie konkrete Möglichkeiten und Vorteile, deren Erlangung sich ein Steuerpflichtiger etwas kosten lässt und die nach der Verkehrsauffassung einer gesonderten selbständigen Bewertung zugänglich sind. Diese Voraussetzungen sind bei virtuellen Währungen gegeben. Bitcoin,

Ethereum und Monero sind wirtschaftlich betrachtet als Zahlungsmittel anzusehen. Sie werden auf Handelsplattformen und Börsen gehandelt, haben einen Kurswert und können für direkt zwischen Beteiligten abzuwickelnde Zahlungsvorgänge Verwendung finden. Technische Details virtueller Währungen sind für die Eigenschaft als Wirtschaftsgut nicht von Bedeutung. Erfolgen Anschaffung und Veräußerung oder Tausch der Token innerhalb eines Jahres, unterfallen daraus erzielte Gewinne oder Verluste der Besteuerung.

Das ist nach Ansicht des BFH auch verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Ein sog. strukturelles Vollzugsdefizit, das einer Besteuerung entgegensteht, liegt nicht vor. Es sind weder gegenläufige Erhebungsregelungen vorhanden, die einer Besteuerung entgegenstehen, noch liegen Anhaltspunkte vor, dass seitens der Finanzverwaltung Gewinne und Verluste aus Geschäften mit Kryptowährungen nicht ermittelt und erfasst werden können. Dass es in Einzelfällen Steuerpflichtigen trotz aller Ermittlungsmaßnahmen der Finanzbehörden (z.B. in Form von Sammelauskunftersuchen) beim Handel mit Kryptowährungen gelingt, sich der Besteuerung zu entziehen, kann ein strukturelles Vollzugsdefizit nicht begründen.

Fundstelle

BFH, Urteil vom 14. Februar 2023 ([IX R 3/22](#)), veröffentlicht am 28. Februar 2023, vgl. die [Pressemitteilung 013/23](#).



Weitere interessante News und Entscheidungen finden Sie in unserem Blog Steuern & Recht

HIER

Business Meldungen

Einladung zur virtuellen PwC Tax & Legal Technology Fair 2023

Wir laden Sie herzlich zu unserer virtuellen Tax & Legal Technology Fair 2023 ein, die in diesem Jahr zum fünften Mal stattfindet.

Die digitale Transformation von Steuer-, Rechts- und HR/P&O-Abteilungen schreitet immer schneller voran und ist von großer Bedeutung, um effizienter und schneller auf sich ändernde Anforderungen und Gesetzgebungen reagieren zu können. Unsere Lösungen unterstützen Sie dabei, Prozesse digital und automatisiert abzubilden. So können Sie Zeit und Ressourcen sparen, sowie die Compliance sicherstellen.

Unsere Expert:innen präsentieren Ihnen in Workshops und an verschiedenen Ständen unsere neuesten Lösungen im Bereich Tax & Legal Technology. Außerdem geben wir Ihnen einen Ausblick auf die zukünftigen Möglichkeiten mit OpenAI ChatGPT. Weitere Informationen zu den einzelnen Themen finden Sie in unserem [Flyer](#).

Neben der Möglichkeit, unsere Lösungen kennenzulernen, haben Sie auch Gelegenheit, sich mit unseren Kolleg:innen und anderen Messebesucher:innen auszutauschen und neue Kontakte zu knüpfen.

Bitte melden Sie sich über folgenden Link an: <https://meetyyoo.live/register/...>

Bitte beachten Sie, dass Ihre Anmeldung unter Vorbehalt ist und wir Ihnen rechtzeitig vor der Veranstaltung die finale Teilnahme bestätigen werden.

Wir freuen uns darauf, Sie auf der Tax & Legal Technology Fair 2023 begrüßen zu dürfen!

Beste Grüße

Ihr Team von Tax & Legal Transformation

Andrea Vitale

Terminplaner

Aktuelles zur Umsatzsteuer 2023

Webinar 15. und 23.03.

ZUM SEMINAR

Wir freuen uns auf Sie!



Alle aktuellen Veranstaltungen finden Sie in der PwC Veranstaltungssuche.

VERANSTALTUNGSSUCHE

Noch Fragen?

Dann sprechen Sie bitte Ihren PwC-Berater an oder senden Sie eine E-Mail.

E-MAIL SENDEN



Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer für Sie tätigen Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

Redaktion

Gabriele Nimmrichter
PricewaterhouseCoopers GmbH
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main
Tel.: (0 69) 95 85-5680
gabriele.nimmrichter@pwc.com

Gunnar Tetzlaff
PricewaterhouseCoopers GmbH
Fuhrberger Straße 5
30625 Hannover
Tel.: (0 511) 53 57-3242
gunnar.tetzlaff@pwc.com

Datenschutz

Die Datenverarbeitung für den Versand des Newsletters erfolgt aufgrund der Grundlage Ihrer Einwilligung. Sie können den Newsletter jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen und Ihre Einwilligung damit widerrufen

© 2023 PwC. All rights reserved. PwC refers to the PwC network and/or one or more of its member firms, each of which is a separate entity.

Please see www.pwc.com/structure for further details.